



VORARLBERG

Antrag 1

der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
zur 177. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg
am 09. November 2016

Wertschöpfungsabgabe sichert Sozialsysteme!

Gerade in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit und knapper Kassen ist es wichtig, die Finanzierung des Sozialstaates auf eine breitere Basis zu stellen und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern.

Ein Modell, das in dem Zusammenhang immer wieder genannt wird und zuletzt auch von Bundeskanzler Kern in Form eines „Beschäftigungsbonus“ ins Spiel gebracht wurde, ist die so genannte Wertschöpfungsabgabe. Dabei handelt es sich nicht - wie von Gegnern behauptet - um eine zusätzliche Steuer. Im Gegenteil. Es geht vielmehr darum, die Abgaben aufkommensneutral umzuschichten und dadurch personalintensive Unternehmen zu entlasten. Erreicht werden soll das, indem die von den Unternehmen zu leistenden Beiträge für die sozialen Sicherungssysteme nicht mehr wie heute auf Basis der Lohn- und Gehaltssumme, sondern der gesamten Wertschöpfung berechnet werden. Die Folge: Unternehmen mit vielen Beschäftigten müssten weniger bezahlen, Betriebe, die mit immer weniger Personal hohe Gewinne erzielen, hingegen mehr.

Ein derartiger Systemwechsel wird auf Grund der zunehmenden Digitalisierung und Automatisierung unumgänglich sein. Denn der Anteil der Löhne und Gehälter am gesamten Volkseinkommen hat sich seit den 80er Jahren stark reduziert, die Zahl der Arbeitslosen steigt, immer mehr Menschen arbeiten in Teilzeit oder sind atypisch beschäftigt.

Um die Finanzierung des Sozialstaates dauerhaft zu sichern und den Faktor Arbeit nachhaltig zu entlasten, fordert die 177. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg die Bundesregierung auf, eine Wertschöpfungsabgabe einzuführen.